

## Eine dreiste Lüge – Skandal bleibt aus

If you repeat a lie often enough, it becomes... politics.

Die Schlagzeile passte nach der mutwillig von der Polizei zur Eskalation getriebene Demo am 21. Dezember nur zu gut in die Stimmung der deutschsprachigen Medienlandschaft: „Linke Chaoten greifen Davidwache an!“ Hierbei sollen 30 bis 40 Vermummte gezielt die Davidwache mit Steinen und Flaschen angegriffen und dabei einen Polizisten schwer verletzt haben.

Dumm nur, dass sich das alles so gar nicht abgespielt hat und anschließend trotzdem wochenlang gegen die linke Szene gehetzt wurde. Eine neue Dimension sei erreicht und gar das BKA wollte sich in die Ermittlungen einschalten – also mit Hilfe von § 129 und Konsorten – repressiver Rundumschlag inklusive. Bekanntlich wurde das einmalig riesige Gefahrengebiet auf diese Weise „legitimiert“ – allerdings gleich wieder klobürstenhaft delegitimiert.

Zeug\_innen auf der Reeperbahn sahen die Vorkommnisse übrigens... anders. Ganz anders. Auch Andreas Beuth, linker Anwalt, bekam über Mandant\_innen ähnlich konträre Erlebnisse geschildert und sah sich gezwungen, die Polizei der Lüge zu bezichtigen. Denn abgespielt hat sich den Zeug\_innen nach Folgendes: Eine feiernde Gruppe von Menschen in eher „normaler“ Kleidung kommt unvermummt

und Fußball-Lieder singend die Davidstraße entlang und passiert die Davidwache an der Ecke zur Reeperbahn. Dort werden keine Lieder mehr gesungen und der größte Teil der Gruppe geht über die Reeperbahn Richtung Hein-Hoyer-Straße. Ein Mensch bleibt etwas zurück und wird von hinten von einem herausgeeilten Polizisten der Davidwache niedergedrückt. Daraufhin kommen die anderen zurück – auch Passant\_innen beobachten den Vorfall – und stellen den Polizisten und seine nebenstehende Kollegin zur Rede, was das denn solle. Andere Beamt\_innen aus der Wache kommen mit gezücktem Pfefferspray dazu. Aber alles bleibt verbal und die Gruppe zieht sich nach Freilassung des Attackierten Richtung Hein-Hoyer-Straße zurück. Dort, 200 Meter weiter an der Kreuzung zur Seilerstraße, beobachten derweil andere Zeug\_innen eine Gruppe von Menschen, die sich laut mit einer Streifenwagenbesatzung auseinandersetzen und von dort kommt dann auch ein im Gesicht blutender Beamte Richtung Davidwache, aus der bereits Behelme herausstürmen.

So, und woher die Märchenschreiber\_innen der Polizei letztendlich ihre Version der Story haben, wird wohl für immer ihr mieses Geheimnis bleiben.

## pressback...

... ist ein monatlich in Hamburg erscheinender Newsletter gefördert von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe. Die Rote Hilfe ist eine linke, parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation, die sich an der Seite aller sieht, die aufgrund politischer Aktivitäten Opfer staatlicher Repressionen geworden sind.

### Informationen:

hamburg@rote-hilfe.de  
http://pressback.blogsport.de  
www.hamburg.rote-hilfe.de

### Kontakt:

www.hamburg.rote-hilfe.de  
V.i.S.d.P.: H. Lange  
Postfach 3255, 37022 Göttingen

### Eigentumsvorbehalt:

Dieses Falblatt bleibt bis zur Aushändigung Eigentum des Absenders/der Absenderin, „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung i.S.d. Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Exemplare sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an die Absender\_innen zurückzusenden.

## pressback

## Endanger the danger zone

Wir sind alle wahnsinnig gefährlich

Am 4. Januar wurden Teile St. Paulis, Altonas und der Sternschanze zum Gefahrengebiet erklärt. Dieses Riesengebiet inmitten Hamburgs wurde dann fünf Tage später nach zahlreichen und vielfältigen Protesten auf „Gefahreninseln“ um drei verschiedene Polizeiwachen herum verkleinert – wobei auffällt, dass die Inseln sehr großzügig gezogen wurden. Allerdings teilte die Polizei in ihrer Pressemitteilung hierzu mit, dass sie „die verstärkten Präsenzmaßnahmen auch im ehemaligen Gefahrengebiet fortsetzen“ würde. Am 13. Januar wurden schließlich auch die Gefahreninseln aufgehoben.

Der von der Polizei genannte Auslöser für die Einrichtung des Gefahrengebietes war der erlogene Angriff auf die Davidwache am 28. Dezember (siehe Seite 4). Nachdem auch die bürger\_innenliche Presse an der Darstellung der Polizei zweifelte, fand diese fix andere Argumente zur Legitimation der Gefahrengebiete: Es wurden ja auch „Sturmmasken“, Böller und Pyrotechnik gefunden – völlig überraschend so kurz nach Silvester. Spätestens hier fällt auch den letzten mopo-Leser\_innen auf, dass das eigentliche Ziel der Polizei ein anderes war.

Mit der Einrichtung des Gefahrengebietes wurde versucht, von den politischen Zielen abzulenken, für die in der letzten Zeit unter großer Beteiligung gekämpft wurde – wie der Erhalt der Roten Flora und der Esso-Häuser, und das Bleiberecht der Lampedusa-Refugees. Mensch musste sich entscheiden: „linksextemer Chaot und Gewalttäter“ oder brave\_r Bürger\_in. Damit wurde die Wichtigkeit der Thematiken negiert und eine ganze Bewegung kriminalisiert. Diese reagierte jedoch mit vielfältigen



### FREIRAUM DES MONATS

Protesten von der Sponti bis zur Kissen-schlacht – und eine Klobürste entpuppte sich als Symbol der Widerborstigkeit. Die Polizist\_innen sammelten nicht nur fleißig Personalien, sondern auch Überstunden en masse. Aufgrund dieser Überbelastung und der immer lauter werdenden Kritik am hamburgischen Polizeistaat, wurde das Gefahrengebiet erst verkleinert und schlussendlich aufgehoben. Welch Überraschung.

Die Befugnisse der Polizist\_innen in Gefahrengebieten ist in § 4 Abs. 2 Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei (PolDVG) geregelt. So dürfen sie „Personen kurzfristig anhalten, befragen, ihre Identität feststellen und mitgeführte Sachen in Augenschein nehmen, soweit auf Grund von konkreten Lageerkennnissen anzunehmen ist, dass in diesem Gebiet Straftaten von erheblicher Bedeutung begangen werden und die Maßnahme zur Verhütung der Straftaten erforderlich ist.“ Zuständig für „konkrete Lageerkennnisse“

ist allein die Polizei. Zuständig für die Errichtung des Gefahrengebietes ist allein die Polizei. Zuständig für die Kontrollen ist allein die Polizei. Die Polizei gibt sich also selbst anhand nicht überprüfbarer Kriterien das Recht, Menschen, die wiederum anhand selbst gesetzter Kriterien ausgewählt werden, zu schikanieren.

Solche Gefahrengebiete dienen der Polizei allein zur Stigmatisierung, Diskriminierung und Kriminalisierung bestimmter Personengruppen, wie zum Beispiel linker Aktivist\_innen, Migrant\_innen und Drogenkonsument\_innen – aber auch zur Ausforschung von ganzen Zusammenhängen. Auch wenn das eine Gefahrengebiet aufgehoben wurde, bestehen die dauerhaften Gefahrengebiete um die Reeperbahn auf St. Pauli und das um den Hauptbahnhof in St. Georg weiterhin. Das Ziel muss also die Aufhebung aller Gefahrengebiete und die Streichung der entsprechenden Gesetzesgrundlage sein!

### Beitrittserklärung / Einzugsermächtigung / Rote Hilfe e.V.

- Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe
- Ausserdem bin ich an aktiver Mitarbeit interessiert
- Ich möchte regelmäßig den E-mail Newsletter erhalten



Rote Hilfe e.V.  
Postfach 3255  
37022 Göttingen

Ich ermächtige den Bundesvorstand der Roten Hilfe, jederzeit widerruflich, meinen Beitrag jeweils zu Beginn des Fälligkeitsdatums zu Lasten meines unten angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen. Innerhalb von 6 Wochen kann ich bereits vollzogene Lastschriften wieder rückgängig machen. Von mir verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchung z.B. bei ungedecktem Konto) gehen zu meinen Lasten und können ebenfalls von meinem Konto abgebucht werden.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag von

Abbuchung soll erfolgen

- 7,50 € (Normalbeitrag)
- 10,00 € (Solibetrag)
- 3,00 € (Ermäßigter Beitrag)

- jährlich
- halbjährlich
- monatlich

€ anderer Betrag

Der Normalbeitrag beträgt monatlich 7,50 €. Der ermäßigte Mindestbetrag (für Schüler\_innen, Erwerbslose usw.) 3 €.

Vorname_Name
Strasse_Hausnummer
PLZ_Wohnort
Telefonnummer
e-mail
Name_Ort des Kreditinstituts
BIC
IBAN
Datum_Unterschrift

# Jedes Herz ist eine Revolutionäre Zelle!

Zum aktuellen Stand im RAZ-Verfahren

**Wir dokumentieren an dieser Stelle Auszüge aus einer Mitteilung der Soli-Gruppe zum bisherigen Stand der Ermittlungen und den Vorwürfen im RAZ-Verfahren. Daran soll deutlich werden, wie weit die Repressionsorgane gehen, um Strukturen auszuforschen und Tatzusammenhänge zu konstruieren.**

Insgesamt 9 Beschuldigten wird mit Hilfe des § 129 vorgeworfen, die Revolutionären Aktionszellen gebildet zu haben. Laut Durchsuchungsbeschluss soll es sich dabei um eine Nachfolgeorganisation der militanten Gruppe handeln, die von 2009 bis 2011 verschiedene Aktionen, u.a. einen Brandanschlag gegen das Haus der Wirtschaft und eine Patronenverschickung an Innenminister Friedrich und die ‚Extremismusforscher‘ Jesse und Backes, durchgeführt haben. Darüber hinaus wird ihnen die Mitarbeit an der Unter-

grundzeitschrift ‚radikal‘, die seit 1976 erscheint, vorgeworfen. Mit diesen Vorwürfen haben am 22. Mai 2013 in Berlin, Magdeburg und Stuttgart insgesamt 21 Hausdurchsuchungen stattgefunden. Im Rahmen der Hausdurchsuchungen wurde einer der Beschuldigten, der sich aufgrund einer früheren Verurteilung im offenen Vollzug befand,

in den geschlossenen Vollzug in die JVA Tegel verlegt. Nach den Hausdurchsuchungen kam es zu zahlreichen Soliaktivitäten. [...] Seit Mai 2010 läuft offiziell das Ermittlungsverfahren wegen der Bildung einer Nachfolgeorganisation der militanten Gruppe. Nach und nach ‚ermittelte‘ das BKA mehr Beschuldigte, bis es dann bis heute zu 9 Beschuldigten wurden.

Die ‚Verdachtsmomente‘ gehen von Klicks im Internet (Öffnen von Postings zur Veröffentlichung der radikal), über den Kontakt zu weiteren Beschuldigten, dem Checken von lokalen Neuigkeiten, bis hin zum Einsetzen von Mantrailing Hunden. Ermittelnde Behörden waren

die verschiedenen Landeskriminalämter, das BKA, sowie diverse Verfassungsschutzbehörden. [...]

Teilweise seit 2009 wurden einige der Beschuldigten umfangreich ausgespäht: Internet, Telefon und Handy von Beschuldigten wurden überwacht und ausgewertet. D.h. es gibt Aufzeichnungen und Auswertungen von Telefonaten, SMS, besuchten Homepages und E-Mails. Erhoben wurde auch, welche Suchwörter die Beschuldigten bei Google eingaben und wann auf welche Mailkonten zugegriffen wurde, wobei versucht wurde, die Passwörter auszulesen. Private Mailkonten bei gmx wurden ‚beschlagnahmt‘ und gespiegelt.

Es wurde versucht, Tor-Verbindungen (also anonymisierte Internetverbindungen) nachvollziehbar zu machen, woran das BKA, genauso wie an PGP verschlüsselten Mails, laut eigenen Aussagen, scheiterte. Darüber hinaus

von den Beschuldigten weggeworfene Sachen wie Zigarettenstummel oder Papierschnipsel aufgesammelt.

Darüber hinaus wurden auch Kameras in Hauseingängen angebracht, sowie Peilsender an Fahrzeugen befestigt, welche dann die Standortdaten der Autos ans BKA sendeten. Dazu kam es zu mehreren Anquatschversuchen im Umfeld der Beschuldigten. Bei allen Maßnahmen scheinen sog. Metadaten eine immer wichtigere Rolle zu spielen und damit die Frage: Welche sozialen und politischen Muster/Strukturen lassen sich aus der Kommunikation/dem Verhalten der Nutzer erkennen?

In Erklärungen zu Aktionen der RAZ, sowie in Texten der klandestinen Zeitung ‚radikal‘ wurden Formulierungen, die Verwendung bestimmter Begriffe, Rechtschreibfehler, die Art zu gendern und andere Auffälligkeiten in den Texten untersucht.



wurde an eine Mailadresse, die der ‚radikal‘ zuzuordnen sei, ein Word Dokument versandt, das beim Öffnen die IP-Adresse des Computers melden sollte, sofern der Computer gleichzeitig im Internet ist. [...] Versendet wurden ebenfalls massenhaft stille SMS, um herauszufinden, wo sich die Beschuldigten, oder besser ihre Handys, aufhielten. Auch IMSI-Catcher, also Geräte, die in einem bestimmten Gebiet alle aktiven Handys darstellen, kamen zum Einsatz.

Zur angewandten Überwachung gehörten auch Personenobservationen. Dabei wurden bspw. Leute in Cafés beobachtet, Analysen ihres Verhaltens erstellt, ihnen gefolgt, und angeblich

Das gesamte Ausmaß ist momentan nicht wirklich zu überblicken, ebensowenig was daraus wird. In erster Linie scheinen sich die Verdachtsmomente aber auf sog. ‚nachrichtendienstliche Erkenntnisse‘ zu stützen, die nicht weiter benannt werden.

Aktuell ist es nicht abzuschätzen, wie das Verfahren weitergehen wird. [...]

Das Ausmaß der Überwachung und die Repression macht die Notwendigkeit umso deutlicher, ihren Angriffen unsere geschlossene Solidarität entgegenzusetzen. Dafür ist es notwendig, sich nicht an politischen oder ideologischen Differenzen spalten zu lassen. Solidarität ist der Anfang von allem!

# Schill reloaded

Polizei attackiert Flora-Demo

**Wer am 21. Dezember 2013 in Hamburg bei der Demo für den Erhalt der Flora, die Esso-Häuser und die Solidarität mit den Lampedusa-Refugees war, hat es sich bereits bei der Anfahrt gedacht: Die Polizei war von Anfang an nicht gewillt, diese angemeldete Versammlung laufen zu lassen. Bereits die Positionierung der Polizist\_innen und der Kampffahrzeuge an den verschiedenen Eckpunkten um den Treffpunkt am Schulterblatt, statt an der Demoroute entlang, ließ erahnen, dass die Demo die Sternschanze nicht verlassen sollte.**

Und so kam es auch: Bevor die Demo überhaupt nur 50 Meter zurück legen konnte, wurde sie von der Polizei massiv angegriffen. Die Wasserwerfer schossen aus nächster Nähe auf die Demonstrant\_innen, Pfefferspray kam zum Einsatz und die Prügeltrupps langten ordentlich zu. Erst nach dem unvermittelten Angriff auf die Demospitze setzten sich die Protestierenden gegen die Polizei zur Wehr. Kleine Gruppen aus zehn bis zwanzig Polizist\_innen rannten weit in die Demonstration hinein, wobei sie selbst vom Schwarzen Block eingekesselt wurden. Die Polizei wollte die Demonstration und damit die politische Meinungsäußerung von bis zu 10.000 Menschen unterbinden. Dies bestätigte ein Insider aus dem Polizeizentrum Alsterdorf gegenüber der taz: Die Gesamteinsatzleiter Peter Born und Hartmut Dudde „konnten es einfach nicht ertragen, dass die verhasste linke Szene ungehindert für ihre Ziele laufen“ würde. Es seien „bewusst Kollateralschäden durch Ausschreitungen in Kauf genommen“ worden – „oder besser gesagt: gewollt“.

Das (vorherige) Verbot einer angemeldeten Versammlung unterliegt aber der Versammlungsbehörde und den Gerichten – nicht der Polizei. Die offiziellen Lügengeschichten zum Grund des „Aufstoppens“ (die aber auch nicht den Angriff auf die gesamte Demo gerechtfertigt hätten) sind mittlerweile alle widerlegt: Es sind weder Steine bzw. Böller geflogen, bevor der Demozug gestoppt wurde, noch ist die Demo zu früh (!)

los gegangen und schon gar nicht mangelte es an einer ausreichenden Absperrung der Altonaer Straße. Nach dem Aufstoppen gab es mehrere Kessel, massive Polizeigewalt – doch die Protestierenden konnten trotz der Umstände an vielen Orten im Sinne des Demoauftrufs agieren, was mit einer regelrechten Menschenjagd beantwortet wurde. Der vielfältige Protest ging bis spät in die Nacht. Im Innenausschuss zu dem Thema sagte die Polizei, sie wüsste nur von zwei verletzten Demonstrant\_innen. Tatsächlich waren es weit über 500. Lächerlich, dass die Polizei behauptet, davon nichts zu wissen. Denn durch einen Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft kritischer Polizistinnen und Polizisten kam heraus, dass die Polizei höchstselbst entsprechende Krankenhäuser besuchte, um das dortige Personal unter Druck zu setzen, nichts über die Verletzten und ihre Wahrnehmung des Geschehens mitzuteilen. Noch werden die Informationen zu den Zahlen der Verletzten vom Ermittlungsausschuss zusammengetragen. Aber bereits jetzt erklärt dieser, dass es weitaus mehr durch die Polizei schwer Verletzte gegeben habe, als bisher bekannt war. Das Konzept der Polizei sei offenbar gewesen, Personen zu verletzen, statt Fest- und Ingewahrsamnahmen zu machen. Durch die bürger\_innenliche Presse wurden die Protestierenden, wie so üblich, als „Chaoten“ dargestellt. Und auch Innensenator Neumann ist der Meinung, „man sollte Straftäter nicht dadurch adeln, dass man ihnen politische Motive unterstellt“ und säbelte im Innenausschuss sämtliche Kritik an der Polizei ab.

Der Widerstand in Hamburg reißt jedoch nicht ab: Gegen Gefahrengelände, Solidarität mit Lampedusa in Hamburg und die Flora bleibt sowieso!

# zappenduster

SELBSTMORD

Klarer Fall von Selbstmord: In Großbritannien schoss sich ein 17-Jähriger – festgenommen, durchsucht, die Hände auf dem Rücken gefesselt – laut Polizeiangaben selbst in den Kopf. Der Teenager befand sich zum Zeitpunkt seines „selbst herbeigeführten“ Todes in einem Streifenwagen auf dem Parkplatz der örtlichen Hauptwache. Der Polizeipräsident merkt hierzu an, dass dies vielleicht ungewöhnlich für Menschen klingen mag, die nicht in der Strafverfolgung arbeiten, dass es jedoch immer wieder zu ähnlich gelagerten Vorfällen kommen würde.

SELBSTINSZENIERUNG

In Dresden rief die Polizeilobby, auch als Gewerkschaft der Polizei (GdP) bekannt, zu einer Demonstration vor dem Landtag auf. Angemeldet wurde diese für 3000 Personen. Gründlich verschätzt. Erschienen ist letztlich niemand und GdP-Chef Hagen Husgen musste seine Rede auf leerem Platz vortragen. Für ihn eine real gewordene Dystopie, die auch der Allgemeinheit zukünftig bevorstünde: „Es wird die Zeit kommen, in der Bürger die Polizei rufen und mangels Zeit kein Polizist mehr helfen kann.“

SELBSTLÄUFER\_IN

Seit Beginn des Jahres erfreut sich der Hashtag #dankepolizei auf Twitter großer Beliebtheit. Was möglicherweise als Versuch der Polizei startete, ihr Image als Freund\_in und Helfer\_in aufzupolieren, ging gründlich nach hinten los. Unter dem Titel finden sich zu Hauf Tweets, die dem Gewaltmonopol für ihren täglichen Einsatz im Namen von Recht und Ordnung danken – zum Beispiel für die gebrochene Nase, den letzten Knüppelinsatz oder die Hausdurchsuchung.